

Energie aktuell

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2017)**

Heft 4: **Verkehrspolitik in der Sackgasse?**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

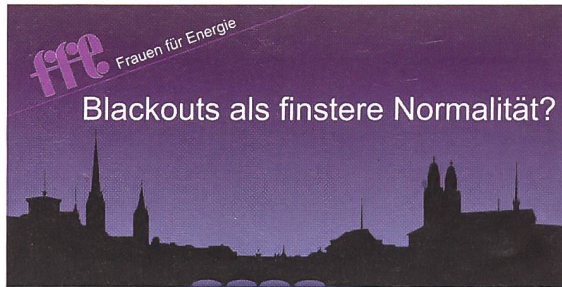
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

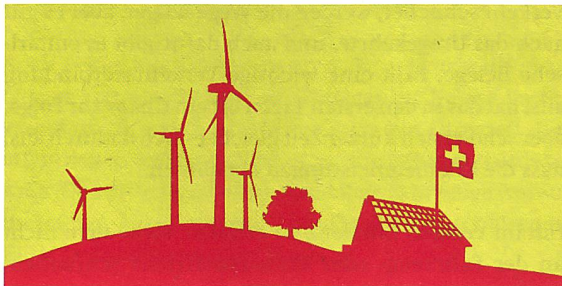
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

> Versorgungssicherheit bis 2035



fn. Ein Jahr nach der Abstimmung über die Atomausstiegsinitiative hat das Departement von Doris Leuthard, das UVEK, Studien veröffentlicht, die zeigen, dass die Versorgungssicherheit (system adequacy) in der Schweiz bis 2035 gesichert ist. Nur in extremen und unwahrscheinlichen Szenarien ist damit zu rechnen, dass die Versorgung während einzelner Stunden nicht gesichert ist. Mit geeigneten Massnahmen (Lastmanagement, strategische Reserve) kann dem vorgebeugt werden. Unabhängig davon hat Swissgrid im Auftrag der ElCom Modellrechnungen angestellt. Ihr Fazit: Es besteht kein Handlungsbedarf, sogar wenn alle fünf AKW und das Wasserkraftwerk Grand-Dixence im Winter ausfallen. Die Angst-mache vor der Abstimmung über den Atomausstieg bis 2029 war also nachweislich ungerechtfertigt.

> Energiestrategie 2050 tritt in Kraft



fn. Am 21. Mai 2017 haben 58 % der Stimmbewölkerung die Energiestrategie 2050 angenommen. Am 1. Januar 2018 tritt sie in Kraft, gleichzeitig mit den zugehörigen Verordnungen. In der neuen Energieverordnung EnV steht zum Beispiel, wie viel der Netzbetreiber für den eingespiessenen Strom vergüten muss.

Bisher wurde als Basis oft der Strompreis am Spotmarkt genommen, die BKW hat die Vergütungssätze per 2017 auf 4 Rappen pro Kilowattstunde gesenkt. Neu sind die Kosten für den Bezug gleichwertiger Energie sowie die Gesteungskosten der eigenen Anlagen massgebend. Die BKW und andere Netzbetreiber werden ihre Vergütungssätze anpassen müssen. Neu gelten auch vereinfachte Regeln zur Bildung von Eigenverbrauchs-gemeinschaften, was insbesondere für Miethäuser und Gewerbebauten interessant sein wird.

> Photovoltaik wird unsichtbar



fn. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) hat vor kurzem getwittert: «Die Schweiz mit ihren Staudämmen und ihrem Stromnetz verfügt über eine Infrastruktur, die sich gut für eine Solarstromproduktion in der Grössenordnung von 20 % unseres jährlichen Strombedarfs eignet.» Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, 2016 waren es erst 2,3 %. Inzwischen gibt es neue Möglichkeiten, Solarenergie zu gewinnen, ohne dass es auffällt. Zum Beispiel mit transparenten Zellen (siehe Bild) oder mit Solarziegeln. Auf dem Dach eines Bauernhauses im freiburgischen Ecuwillens wurden in einem Pilotprojekt rote Solarziegel installiert. Inzwischen gibt es mehrere Häuser, denen man nicht ansieht, dass deren Fassaden Kraftwerke sind. Ästhetik und Solarenergie sind keine Gegensätze mehr.

> Eine Stimme für die Windkraft



mb. Wir befinden uns im Jahre 2017 n.Chr. Die ganze Schweiz verschmäht Windräder... Die ganze Schweiz? Nein! Ein von unbeugsamen Jugendlichen bevölkertes Dorf im Kanton Appenzell Innerrhoden versucht, der Windenergie zum Aufschwung zu verhelfen. Nach gewohntem Widerstand gegen zwei geplante Windkraftanlagen in Oberegg wurde vor knapp zwei Monaten der Verein «Jugend Pro Windrad» gegründet. Dieser hat das Ziel, auch den Befürwortern der Windenergie eine Stimme zu geben. Man möchte aufzeigen, dass Windräder unabdingbar für die Energiestrategie 2050 sind. Diese Kampagne ist nicht nur lokal interessant, sondern könnte auch Vorbild für andere mögliche Standorte von Windrädern sein – denn Potenzial hat die Windenergie auch in der Schweiz allemal.

» www.jugend-pro-windrad.ch

> CO₂-Ziele für Neuwagen gefährdet



fb. Gemäss Pariser Klimaabkommen und Energiestrategie 2050 sollen der CO₂-Ausstoss und der Energieverbrauch auch im Verkehr massiv gesenkt werden. Die Vorschriften für Neuwagen würden folgerichtig verschärft und erweitert. Personenwagen dürfen im Durchschnitt über die ganze Neuwagenflotte ab 2020 nur noch 95 g CO₂/km ausstossen (heute 130 g). Der Bundesrat hat diesen Termin gleichwohl nach hinten verschoben. Und das obwohl sich die Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs besonders unerfreulich entwickeln. Der Vorschlag vom Bundesrat führt zu unnötigen und zusätzlichen CO₂-Emissionen. Er vernachlässigt mit diesem Entscheid den Volks- und Parlamentswillen.

» SES-Medienmitteilung, 2. November, www.energiestiftung.ch

> Die PR-Tricks der Atomlobby

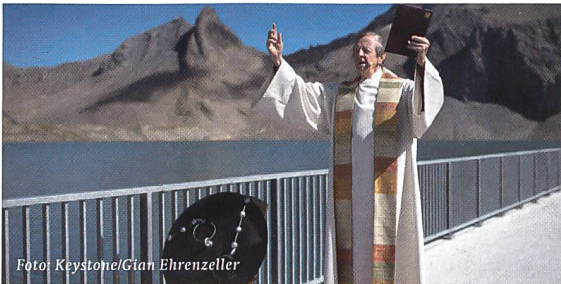


Foto: Keystone/Gian Ehrenzeller

vs. Unter dem leicht irreführenden Titel «Staat soll Atomkraftwerke subventionieren» veröffentlichte der Tages-Anzeiger Ende Oktober Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungs-Umfrage, welche die Axpo in Auftrag gegeben hatte. Während im Artikel der Eindruck entstand, die finanzielle Unterstützung der Atomkraft sei erwünscht, bezog sich die Aussage auf die Frage, ob der Umstieg auf erneuerbare Energien nur gelingen kann, «wenn der Staat in der Übergangszeit unrentable Atomenergie UND Wasserkraft subventioniert». Eine Mehrheit der Befragten stimmte zu.

Journalistische Sorgfalt hin oder her: Das Beispiel zeigt die Konfusion in der Bevölkerung. Die Komplexität im Thema ist gross und genau daran knüpft die PR-Arbeit der Axpo an. Das positive Image der Wasserkraft kann für sie bares Geld wert sein.

> Fukushima-Kosten immer höher



Foto: Fabian Biasio

ne. Auf gut 200 Milliarden Franken schätzte bisher die japanische Regierung die Schäden aus dem Super-GAU von Fukushima-Daiichi vom März 2011. Doch nun zeigt eine neue Studie des Japan Center for Economic Research (JCER), dass die Kosten wohl unterschätzt werden: Auf zirka 625 Milliarden Franken – und damit mindestens drei Mal so hoch wie die offiziellen Zahlen – werden die Kosten veranschlagt. Dies entspricht fast dem Schweizer Bruttoinlandprodukt des Jahres 2016 (knapp 660 Milliarden Franken). Ursprünglich hatte die Regierung die Kosten noch auf gut 100 Milliarden Franken geschätzt. Dass damit das Ende der Fahnenstange erreicht ist, ist wenig wahrscheinlich: Demnächst erst werden die ersten der immer noch strahlenden Brennstäbe aus den Reaktoren geborgen.

> Leibstadt: Weitere Probleme mit Brennstäben



Foto: Google Maps

ne. Neun Monate stand das AKW Leibstadt bis letzten Februar wegen unerwünschter Oxidationen an Brennelementen still. Auch wenn die Ursache nicht ermittelt werden konnte, liess das ENSI das Werk unter Auflagen wieder ans Netz. Seit Mitte September steht Leibstadt nun erneut still: Die ordentliche Revision wurde bis Ende 2017 verlängert, da weitere Brennelemente ausgetauscht werden müssen.

Diesmal sind nicht Brennelemente vom früheren Lieferanten Westinghouse sondern von Areva betroffen, das Leibstadt seit einigen Jahren beliefert. Sie wurden aufgrund eines Sortierfehlers schadhafte geliefert. Einige davon standen bereits seit 3 bzw. 4 Jahren im Einsatz, womit ein Zusammenhang mit den Oxidationen nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Der verlängerte Stillstand kostet gegen 50 Millionen Franken.